

Schulen in freier Trägerschaft fordern weniger Bürokratie

Bürokratie statt Lernfortschritt

Für Kinder und Jugendliche ist der Schulanfang eine spannende Zeit: Ankommen, seine Mitschüler:innen und die Schulroutine kennenlernen und sich auf das kommende Jahr vorbereiten. Vieles neu, vieles bedarf einer Regelung.

Aufgabe der Lehrenden und der Schulverwaltung wäre es, den Kindern den Einstieg so einfach wie möglich zu machen, den Rahmen für das kommende Schuljahr abzustecken und damit für Klarheit und Sicherheit zu sorgen. Soweit die Theorie. In der Praxis sind Schulleitungen und Lehrkräfte damit beschäftigt, die riesige Welle an bürokratischen Aufgaben, die jedes Jahr wie ein Tsunami am Schulanfang über sie hereinbricht, möglichst elegant und ressourcensparend zu surfen.

Bildungsministerium, Bildungsdirektion, Statistik Austria, Bundesländer – sie alle beteiligen sich an der Flut der zu erhebenden Daten. Die Listen und Statistiken sind umfangreich, ähnlich aber nicht ganz gleich, dieselben Daten müssen in verschiedenen Formaten und Versionen in unterschiedliche Portale gefüttert werden. Gezählte acht Erhebungen braucht es Anfang Oktober im schulischen Bereich (von der Schulpflichtmatrix über die Schülerdatenmeldung bis hin zu Klassenschülerzahlen). Betreibt die Schule noch einen Hort, kommen weitere Meldungen hinzu.

Trotz einer politisch initiierten Online-Petition zur „Abschaffung des Bürokratiemonsters“ bleibt bisher jegliche Reaktion aus. Auf Anfrage von EFFE, der Vertretung der österreichischen Schulen in freier Trägerschaft, haben sich alle politischen Parteien im Vorfeld der Nationalratswahl 2024 klar für eine Entbürokratisierung ausgesprochen. Jetzt wäre es an der Zeit, dieses Versprechen einzulösen, um den Fokus wieder auf die Pädagogik zu legen und die Bürokratie zu reduzieren – zum Wohl der Schüler:innen und Lehrkräfte.

Der Förderverband Freier Schulen (FFS) und die Privaten Bildungseinrichtungen Österreich (PBÖ) sind Dachverbände der Schulen in freier Trägerschaft. Sie treten für ein demokratisches, freies und vielfältiges Bildungswesen ein und fordern gleiche rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für staatliche Schulen sowie für freie, gemeinnützige, zivilgesellschaftliche Schulträger. Eine grundlegende finanzielle Sicherung von Schulen in freier Trägerschaft durch den Staat soll gewährleisten, dass allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Familien der Zugang zu reformpädagogischen Bildungseinrichtungen ermöglicht wird.

Für weitere Informationen:

Dr. Brigitta Rupp, Obfrau PBÖ, Tel.: 0680 / 44 076 08